

**Entwicklungslinien des Europäischen Verfassungsrechts
in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes**

Dr. jur. Monika Ende, Frankfurt am Main

Materialien für die juristische Ausbildung

Monika Ende

Entwicklungslinien des Europäischen
Verfassungsrechts in der Rechtsprechung
des Europäischen Gerichtshofs

Shaker Verlag
Aachen 1999

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Ende, Monika:

Entwicklungslinien des Europäischen Verfassungsrechts in der Rechtsprechung
des Europäischen Gerichtshofs / Monika Ende. - Als Ms. gedr. -

Aachen : Shaker, 1999

(Materialien für die juristische Ausbildung ; Bd. 3)

ISBN 3-8265-5803-0

Copyright Shaker Verlag 1999

Alle Rechte, auch das des auszugsweisen Nachdruckes, der auszugsweisen
oder vollständigen Wiedergabe, der Speicherung in Datenverarbeitungs-
anlagen und der Übersetzung, vorbehalten.

Als Manuskript gedruckt. Printed in Germany.

ISBN 3-8265-5803-0

ISSN 1436-5014

Shaker Verlag GmbH • Postfach 1290 • 52013 Aachen

Telefon: 02407 / 95 96 - 0 • Telefax: 02407 / 95 96 - 9

Internet: www.shaker.de • eMail: info@shaker.de

Vorwort

Der vorliegende 2. Band der Materialien für die juristische Ausbildung schließt an den 1. Band, Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte in der Fallbearbeitung, an. Nach dem Erlernen von Kenntnissen im deutschen Verfassungsrecht, soll er einen Ansatzpunkt für die Vertiefung dieses Verfassungsverständnisses im Hinblick auf die sich entwickelnde Dimension des Europäischen Verfassungsrechts darstellen. Das Europäische Verfassungsrecht ist fast überwiegend aus der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes entstanden und somit Fallrecht (case law).

Dieser 2. Band ist als Interpretationshilfe für das Lesen und Verstehen der maßgeblichen Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes unter Ein- schluß der Schlußanträge der Generalanwälte, die oft das Verständnis der kurz gefaßten Entscheidungen des EuGH erst ermöglichen, gedacht (siehe dazu O. Due, Pourquoi cette solution? FS für Ulrich Everling 1995).

Die zitierte Rechtsliteratur ist vor dem Hintergrund dieser Aufgabenstellung ausgewählt und keinesfalls abschließend; sie ermöglicht aber gerade eine Vertiefung der rechtsvergleichenden Arbeit mit dem Europarecht durch die Weiterverweisung auch auf die Rechtsliteratur der anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Für das Verständnis dieses Bandes selbst, der einen ersten Einstieg ermöglichen soll, werden Sprachkenntnisse nicht zwin- gend vorausgesetzt, daher wird sparsam mit Zitaten aus nicht deutschspra- chiger Literatur umgegangen.

Die Vertiefung dieser Materie setzt aber den Erwerb von Sprachkenntnissen, Englisch und Französisch als Basis, sowie möglichst einer oder mehrerer

weiterer europäischer Sprachen, und das Erlernen der Anwendung dieser Sprachkenntnisse in der **Rechtsvergleichung** voraus.

Die gedanklichen Grundlagen dieses Bandes reichen weit zurück in meine eigene juristische Ausbildung. Mein herzlicher Dank gilt allen, die diese durch Anregungen, konstruktive Kritik, Ermutigung und menschliche Wärme begleitet haben, vor allem Herrn Professor Dr. Dr. h. c. mult. Gerhard Kegel, Universität zu Köln und dem von ihm für mich als Vorbild dienenden Bekenntnis zur argumentativen Auseinandersetzung in der wissenschaftlichen Diskussion.

Frankfurt am Main, im April 1999

Monika Ende

Gliederung

	Seite
Einleitende Überlegungen: Achtung der Menschenrechte und Demokratie als Grundlage der Europäischen Union	1
I. Die Subjektstellung der Einzelnen im Gemeinschaftsrecht als einer neuen Rechtsordnung der Völkerrechts	7
1. Ausgangsverfahren	7
2. Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofes auch in verfassungsrechtlichen Fragen	8
3. Auslegung des Gemeinschaftsvertrages	9
a) Kriterien der Auslegung des EWG-Vertrages	10
b) Unmittelbare Anwendbarkeit des Art. 12 EWG-Vertrages	12
II. Das Gemeinschaftsrecht als eigene Rechtsquelle	14
1. Ausgangsverfahren	14
2. Der Vorranganspruch des Europäischen Gemeinschaftsrechts	15

II Gliederung

III. Grundrechtsgleiche Rechte im europäischen Kartellrecht	17
1. Ausgangsverfahren	17
2. Parallele Verfahren der nationalen und europäischen Kartellbehörden	19
a) Anwendung des allgemeinen Billigkeitsgedankens in Parallelverfahren	20
b) Das allgemeine Diskriminierungsverbot des Art. 7 EWG-Vertrag	21
3. Extraterritoriale Wirkung des europäischen Kartellrechts	22
a) Exkurs: Der Lotus - Fall	22
b) Extraterritoriale Konzernhaftung im europäischen Konzernrecht	24
3. Abgestimmte Verhaltensweisen nach Art. 85 Abs. 1 EWG-Vertrag	26

4. Die Implementierung prozessualer Garantien in das Europäische Gemeinschaftsrecht in den Teerfarben Fällen	28
IV. Rechtsquellen der Grundrechtsjudikatur des EuGH	30
V. Die Beteiligungsrechte des EP als unverzichtbare Bedingung für das institutionelle Gleichgewicht in der EU	35
1. Ausgangsverfahren	35
2. Rechtsfolgen der unterlassenen Anhörung des EP	38
a) Zulässigkeit des Streitbeitritts des Europäischen Parlaments	39
b) Verletzung wesentlicher Formvorschriften	40
VI. Die individualschützende unmittelbare Anwendbarkeit der Richtlinie nach Art. 189 Abs. 3 EG-Vertrag	43
1. Ausgangsfall in der Rechtssache Becker	43

2. Unmittelbare Anwendbarkeit von Richtlinienbestimmungen im vertikalen Verhältnis zwischen Staat und Bürger/in	44
VII. Die aus dem Rechts- und Demokratieprinzip folgende fehlende horizontale Direktwirkung der Richtlinie	47
1. Ausgangsfall in der Rechtssache Marshall I	47
2. Keine horizontale Direktwirkung der Richtlinie beim derzeitigen institutionellen Integrationsstand	48
VIII. Die Klagebefugnis des Europäischen Parlaments	53
IX. Gemeinschaftskonforme Auslegung	55
1. Der Ausgangsfall in der Rechtssache Marleasing	55
2. Gemeinschaftskonforme Auslegung des spanischen Rechts	57
a) Keine horizontale unmittelbare Anwendung der Richtlinie	57

b) Der Grundsatz der gemeinschaftskonformen Auslegung	59
c) Lückenschließende gemeinschaftskonforme Auslegung anhand der Vorgaben des diesen Bereich regelnden Richtlinienrechts	62
X. Schadensersatzanspruch des Unionsbürgers für gemeinschaftswidrige Nichtumsetzung der Richtlinienbestimmung gegen den Mitgliedstaat	64
1. Ausgangsverfahren in der Rechtssache Dillenkofer	64
2. Schadensersatz wegen Nichtumsetzung der individualschützenden Richtlinienbestimmung	65
XI. Wirtschafts- und sozialpolitische Verhältnismäßigkeit bei der Verwirklichung der Grundfreiheiten	67
1. Ausgangsverfahren in der Rechtssache Kommission / Frankreich	67
2. Schutzpflichten zur Verwirklichung der Freiheit des Warenverkehrs aus Art. 30 EG-Vertrag	70

3. Mögliche Erstreckung dieser Rechtsprechungslinie des EuGH zu den staatlichen Schutzpflichten auf Gemeinschaftsgrundrechte	74
4. Begrenzung staatlicher Handlungspflichten durch die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit	75
XII. Ausblick: Die Wahl zum Europäischen Parlament und die damit verbundene demokratische Kontrolle der EU - Institutionen	79
Literaturverzeichnis	83
Stichwortverzeichnis	90

Abkürzungsverzeichnis

Abl.	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
Anm.	Anmerkung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts
CdDE	Cahier du Droit Européen
CML Rev.	Common Market Law Review
DÖV	Die öffentliche Verwaltung
DVBbl.	Deutsches Verwaltungsblatt
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
EP	Europäisches Parlament
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EuGRZ	Europäische Grundrechts Zeitschrift
EuR	Europarecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FS	Festschrift

VIII Abkürzungsverzeichnis

GG	Grundgesetz
Hrsg.	Herausgeber
JZ	Juristenzeitung
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
RdA	Recht der Arbeit
RivDirEur	Rivisto di Diritto Europeo
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
RuP	Recht und Politik
SZ	Süddeutsche Zeitung
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der deutschen Staatsrechtslehrer
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung, Int. Privatrecht und Europarecht